



Industriestandort Deutschland: Strukturelle Probleme anpacken

DIHK-Umfrage im Netzwerk Industrie 2020

 **Gemeinsam WirtschaftStärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Methodik

Die Umfrage hat vom 10. Februar bis zum 23. März 2020 mit Unterstützung der 79 Industrie- und Handelskammern stattgefunden. Deutschlandweit haben 1.800 Unternehmen aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistern an der Umfrage teilgenommen. Die Befragung hat zum fünften Mal stattgefunden, nach 2008, 2011, 2014 und 2017.

Nach Unternehmensgrößenklasse verteilen sich die Antworten wie folgt: 1-49 Beschäftigte (48%), 50-99 Beschäftigte (14%), 100-249 Beschäftigte (16%), 250-499 Beschäftigte (7%), über 500 Beschäftigte (15%).

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Energie, Umwelt, Industrie – Berlin 2020

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Dr. Susanne Gewinnus, Dr. Hermann Hühwels

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Cover: Friedemann Encke, DIHK

Stand

Juni 2020

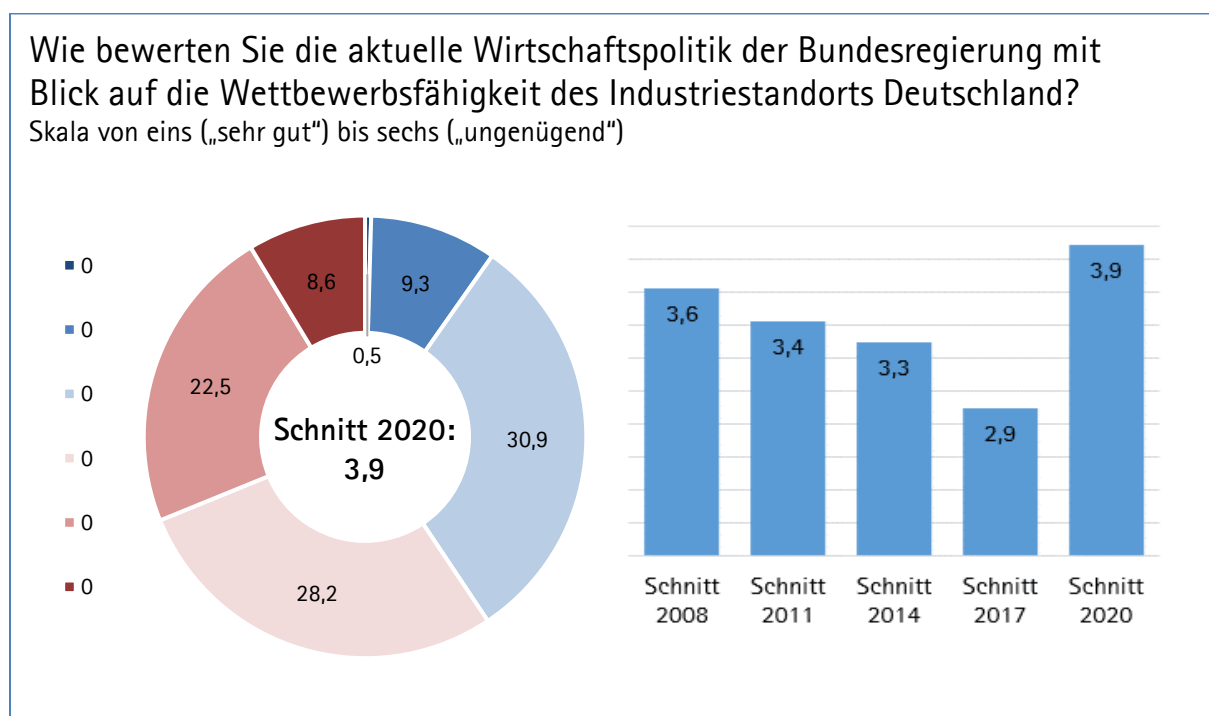
Das Wichtigste in Kürze

- Die Industrieunternehmen geben der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit ihres Industriestandorts mit 3,9 nur eine eher schlechte Bewertung – und damit eine ganze Notenstufe schlechter als noch vor drei Jahren (2017: 2,9). Die Bewertung berücksichtigt nicht die vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Corona-Krise, offenbart aber große strukturelle Probleme des Industriestandorts Deutschland, von denen das Netzwerk Industrie als enger Verbund von Herstellern, Zulieferern und Dienstleistern unabhängig von der Krise betroffen ist.
- Die Beurteilung der 24 Standortfaktoren durch die Unternehmen hat sich innerhalb der letzten drei Jahre insgesamt verschlechtert – und das in Folge. Der Mittelwert aller „Schulnoten“ rutscht auf 3,6 (2017: 3,3; 2014: 3,2) – sie ist sogar die schlechteste Bewertung seit Umfragebeginn 2008. So gibt es spürbare Rückschritte in etlichen Schlüsselbereichen, z. B. bei den bürokratischen Hürden und den Energiekosten. Allein die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden leicht verbessert eingeschätzt (3,3; 2017: 3,4).
- Schlusslichter bei den Standortfaktoren sind mit einer mangelhaften Bewertung die „Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen“, mit denen Unternehmen tagtäglich zu kämpfen haben (4,8) sowie die „Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren“. Bei letzterem verschlechtert sich die Bewertung gegenüber der Vorumfrage so stark wie bei keinem anderen Standortfaktor (4,7; 2017: 4,2). Hier besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf. Erste Erfahrungen während der Pandemie zeigen, dass Verfahren durch Digitalisierung beschleunigt und Vorschriften sowie Fristen näher an der Praxis ausgerichtet werden können – Learnings, die in die Zeit nach der Krise mitgenommen werden sollten.
- Schon fast traditionell landen die Komplexität des Steuerrechts (4,6; 2017: 4,5) und die Energiekosten auf den hinteren Plätzen. Viele Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheit und zu vermeidbaren Kosten bei der Befolgung der Gesetze. Bei den Energiekosten (4,5; 2017: 4,0) bestätigt die Bewertung durch die Unternehmen in noch stärkerem Maße, dass hier ein strukturelles, langfristiges Risiko für den Industriestandort Deutschland besteht.
- Die Unzufriedenheit der Industrieunternehmen mit der digitalen Infrastruktur nimmt stetig zu (4,0; 2017: 3,7; 2014: 3,1; 2011: 2,5; 2008: 2,3) – und die Corona-Krise verdeutlicht, wie notwendig eine leistungsfähige Breitbandanbindung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie ist. Gerade der ländliche Raum, häufig Sitz von international erfolgreichen mittelständischen Industrieunternehmen („Hidden Champions“), ist unzureichend mit breitbandigen Internetanschlüssen versorgt.
- Auf Platz 1 der Bewertung der Standortfaktoren landet mit einem Wert von 2,6 erneut die Energieversorgungssicherheit, allerdings hat sich auch dieser Faktor in der Einschätzung der Unternehmen gegenüber 2017 merklich verschlechtert (2,3). Ein rascher Netzausbau ist von entscheidender Bedeutung, um auch zukünftig die Versorgung mit Strom sicherzustellen. Positiv wird auch die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Kunden vor Ort (2,7) bewertet. Bei aller Internationalisierung bleibt die regionale Nähe von Dienstleistern und Zulieferern für das produzierende Gewerbe ein wichtiges Standbein – gerade auch in Krisenzeiten.

Schwaches Zeugnis für den Industriestandort Deutschland

Die Industrieunternehmen bewerten die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit ihres Industriestandorts mit 3,9 – und damit eine ganze Notenstufe schlechter als noch vor drei Jahren (2017: 2,9). Das ist eine Bewertung, die die Unternehmen zu Jahresbeginn 2020, kurz vor dem Eintritt der Corona-Krise in Deutschland, abgegeben haben. In der Zwischenzeit hat sich einiges getan – und die Bundesregierung hat bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft in der Krisenbewältigung zu unterstützen. Und diese Hilfe ist notwendig, denn acht von zehn Industriebetrieben rechnen krisenbedingt fürs Gesamtjahr mit zum Teil erheblichen Umsatzeinbußen, bei den unternehmensnahen Dienstleistern sind es fast drei Viertel. Die stark sinkende Nachfrage nach Produkten "made in Germany", wegbrechende Aufträge und die Unsicherheit darüber, wie sich die Absatzmärkte weltweit entwickeln werden, setzt das Netzwerk Industrie besonders unter Druck.¹

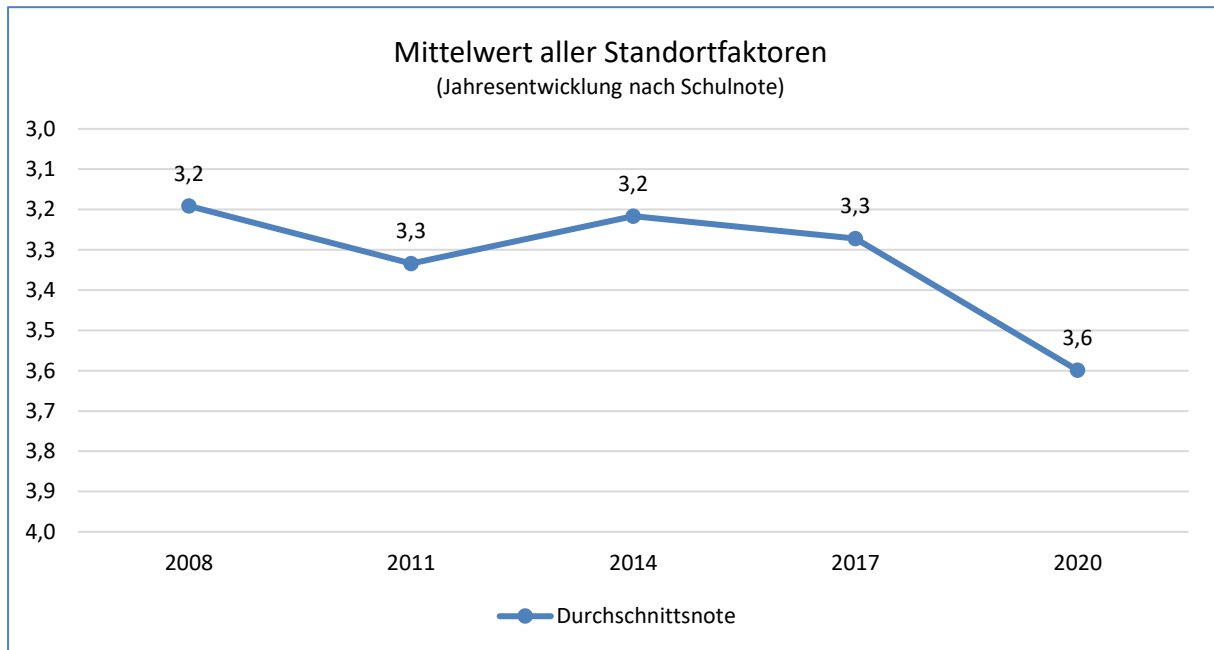
Auch wenn die Bewertung die umfangreichen Unterstützungsangebote in der Krise nicht berücksichtigt, so gibt sie ein umfassendes Bild davon, wo die strukturellen Probleme für das bisher so erfolgreiche Netzwerk Industrie als enger Verbund von Herstellern, Zulieferern und Dienstleistern am Standort Deutschland liegen. Zudem zeigt sie den Bedarf auf, wo und inwiefern es an einer besseren Wirtschaftspolitik hapert.



¹ Vgl. „Corona: Bewährungsprobe für die Industrie – Sonderauswertung der 3. Corona Blitzumfrage“

Fast alle Standortfaktoren erhalten eine schlechtere Note

Die Bewertung des Industriestandorts Deutschland durch die Unternehmen hat sich in den letzten drei Jahren abermals verschlechtert. Der Mittelwert aller „Schulnoten“ geht weiter ins Negative auf 3,6 (2017: 3,3; 2014: 3,2) – die schlechteste Benotung seit Umfragebeginn 2008. Die Unternehmen beurteilen fast alle Standortfaktoren schlechter als 2017. Allein die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten eine leicht verbesserte Einschätzung von 3,3 (2017: 3,4).



Größtes Hemmnis: Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen

Schlusslicht bei den Standortfaktoren sind mit einer mangelhaften Bewertung die Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen, mit denen Unternehmen tagtäglich zu kämpfen haben (4,8). Die Unternehmen beurteilen zudem die Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratieabbau) mit gerade noch ausreichend (4,4) – und damit deutlich schlechter als 2017 (4,0). Der Umfang an Regelungen und ihre Unübersichtlichkeit engen zunehmend den Handlungsspielraum von Unternehmen für ihre Geschäftstätigkeit ein. Das Papier- und Druckgewerbe vergibt mit 5,1 an dieser Stelle die schlechteste Benotung in der gesamten Befragung. Schlechter als der Durchschnitt bewerten diesen Punkt auch die Unternehmen aus den Branchen Fahrzeugbau, Chemie und Pharma sowie Elektrotechnik (alle 4,9). Ein Negativbeispiel, wie bürokratische Vorgaben Branchen massiv ausbremsen können, ist der Bau von Windkraftanlagen. Naturschutzauflagen, Artenschutzvorschriften, Mindestabstandsregeln, die geeignete Bauflächen rarmachen, und unpraktikable Förderbestimmungen resultieren in mehrjährigen Genehmigungsverfahren für eine Windkraftanlage. Nach einem starken Rückgang im Vorjahr verzeichnet das Jahr 2019 erneut einen mehr als 50 prozentigen Leistungsrückgang an neuen Windrädern an Land.²

Mit der mangelnden Effizienz der Behörden zeigt sich besonders der Bau unzufrieden (4,8), aber auch bei den Elektrotechnikern, den Verkehr- und Logistikdienstleistern (beide 4,6) sowie den Medizintechnikern (4,5) fallen die Beurteilungen etwas schlechter als im Durchschnitt aus (4,4).

² Vgl. <https://www.fachagentur-windenergie.de/veroeffentlichungen/zubauentwicklung.html>

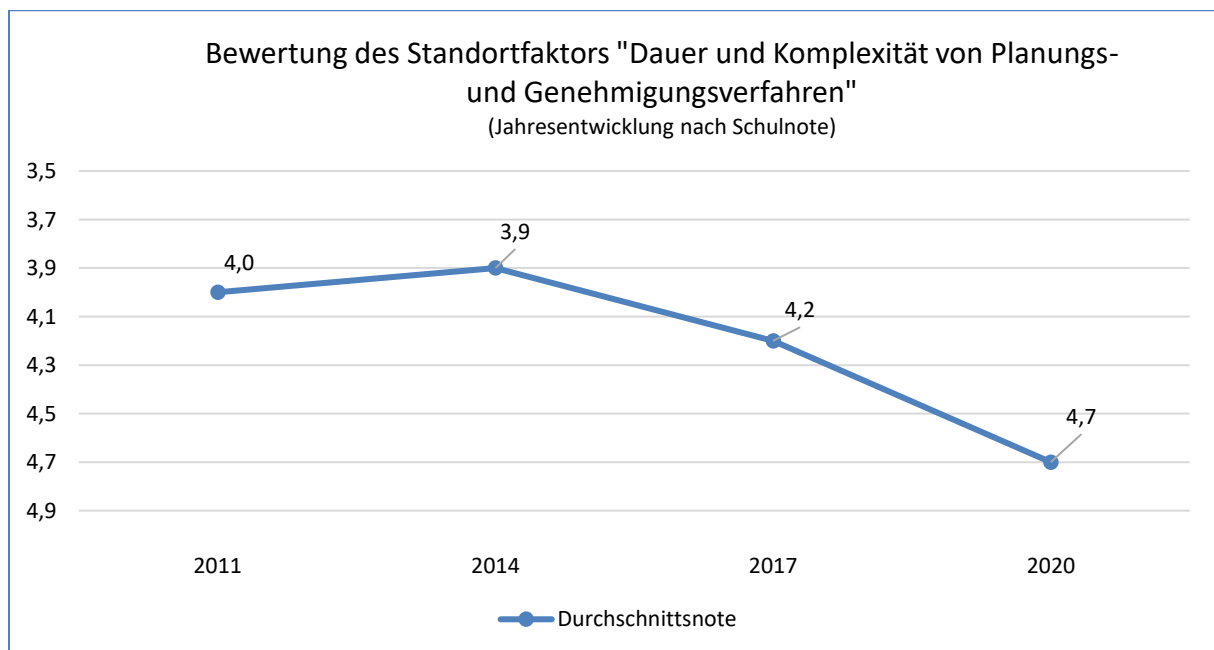
Insgesamt machen den Unternehmen die Melde-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten, Formulare, Genehmigungsverfahren und Doppelmeldungen besonders zu schaffen. Der Abbau von Bürokratie steht daher ganz weit oben auf der Liste der dringenden Verbesserungen, vor allem im industriellen Mittelstand. Hier sind es die Mittelständler mit 50 bis zu 250 Mitarbeitern, deren Einschätzung zu den bürokratischen Belastungen besonders schlecht ausfällt (4,9). Es wird deutlich, dass die zwischenzeitlich erreichten Erfolge in den Bürokratienteilungsgesetzen die Gesamtsituation nicht verbessern konnten.³ Entlastungen bei Abschreibungen, der Lohnabrechnung oder Statistik werden aus Sicht der Betriebe von immer engmaschigeren Regulierungen z. B. bei technischen Standards, Bauvorgaben und Umweltauflagen mehr als wettgemacht. In der Corona-Krise hat die Politik unlängst Verwaltungsverfahren durch Digitalisierung beschleunigt und Vorschriften sowie Fristen näher an der Praxis orientiert. Hier sind weitere Potenziale zum Bürokratieabbau vorhanden, die unbedingt genutzt werden sollten.



³ Erstes Bürokratienteilungsgesetz, siehe Bundesgesetzblatt Teil I 2015 Nr. 32, S. 1400
 Zweites Bürokratienteilungsgesetz, siehe Bundesgesetzblatt Teil I 2017 Nr. 44, S. 2143
 Drittes Bürokratienteilungsgesetz, siehe Bundesgesetzblatt Teil I 2019 Nr. 42, S. 1746

Dauerbaustelle: Planungs- und Genehmigungsverfahren ...

Die Bewertung des Standortfaktors „Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren“ verschlechtert sich so stark wie kein anderer Standortfaktor (2020: 4,7; 2017: 4,2; 2014: 3,9; 2011: 4,0) – und rutscht auf den vorletzten Platz im Standortranking ab. Mit 4,9 und 5,0 vergeben die Unternehmen aus den Branchen Verkehr/Logistik sowie der Bauindustrie hier noch schlechtere Noten. Die Planungsbeschleunigungsgesetze I - III der Bundesregierung beinhalten nur punktuelle, erste Erfolge bei der Planung und Genehmigung von Ersatzneubauten und bestimmten, bedeutsamen Verkehrsvorhaben. Grundlegende Reformen stehen allerdings noch aus, beispielsweise eine Reduktion von Verfahrensstufen. Bislang gibt es auf jeder Planungsstufe eine gesonderte Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltprüfung. Hilfreicher wäre, diese Verfahren nur für jedes Projekt einmalig durchzuführen. Das schafft ausreichend Transparenz und deutlich mehr Planbarkeit für alle Beteiligten. Das jetzt beschlossene Planungssicherstellungsgesetz weist schon einmal den Weg, wie die Digitalisierung auch für Plan- und Genehmigungsverfahren genutzt werden kann. Hinzu kommen die Erfahrungen in der Corona-Krise, in der Planungs- und Genehmigungsverfahren verstärkt digital und somit auch schneller als bisher erfolgt sind. Diese Reformansätze sollten für die Zeit nach der Krise fortgesetzt werden. Klar ist aber auch, dass sich Beschleunigungseffekte nur schwierig im Geflecht von europäischen, Bundes- und Landesregelungen erreichen lassen. Bei transparenter Ausgestaltung der Verfahren könnte auch die Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten verbessert werden, die aktuell mit eher schlecht bewertet wird (4,3; 2017: 4,0).



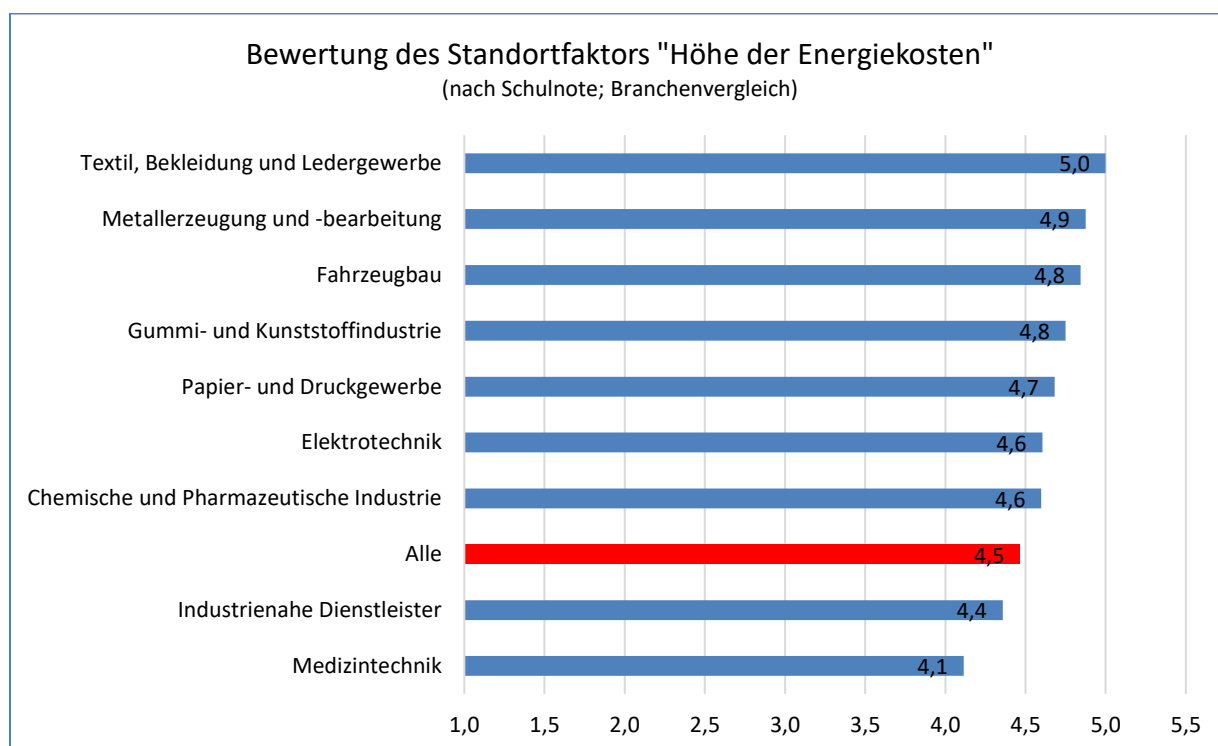
... und auch im Verkehr

Eine hoch entwickelte, arbeitsteilige Volkswirtschaft ist auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Nur so können komplexe Lieferketten gewährleistet werden. Obwohl der Bund seit einigen Jahren deutlich mehr in die Verkehrsinfrastruktur investiert, hat sich die Bewertung der Verkehrsinfrastruktur mit 3,5 gegenüber 2017 (3,2) sogar nochmals verschlechtert.

Besonders deutlich trübt sich die Bewertung durch die Verkehrs- und Logistikbranche ein. Diese Unternehmen, die täglich die Verkehrswege nutzen, bewerten die Verkehrsinfrastruktur nur noch mit 4,1 (2017: 3,2). Hier zeigt sich, dass die Sanierung der Verkehrswege eine langfristige Aufgabe ist. Der Neubau von Brücken, die Sanierung von Fahrbahndecken, der Austausch von Gleisen, die Umrüstung auf neue Signaltechniken und der Ersatz von Schleusen sind häufig mit längeren Sperrungen oder Kapazitätseinschränkungen verbunden. Für die Nutzer kommt es daher zumindest vorübergehend sogar zu weiteren Verschlechterungen. Wichtig ist es daher, dass Projekte durch eine weitere Beschleunigung von Planung und Genehmigung zügig in Angriff genommen werden und auch die Bauphasen möglichst kurzgehalten werden.

Strukturelles Risiko Energiekosten verfestigt sich

Schon fast traditionell landet der Standortfaktor Energiekosten auf einem der hinteren Plätze. Die Bewertung durch die Unternehmen sinkt noch einmal deutlich auf 4,5 (2017: 4,0) und bestätigt, dass die Energiekosten aus Sicht der Betriebe ein strukturelles, langfristiges Risiko für die Geschäftsentwicklung darstellen. Vor dem Hintergrund der im Vergleich zu 2017 nahezu konstanten Preise für Energierohstoffe wie Kohle, Erdöl oder Erdgas sind es einmal mehr die immer weiter steigenden Stromkosten, die auf die Stimmung der Unternehmen drücken – über alle Größenklassen hinweg. Selbst größere Unternehmen, die eher Ausgleichsregelungen beim Strompreis in Anspruch nehmen können, bewerten die Strompreise mit nicht mehr ausreichend (250 – 500 Mitarbeiter: 4,6). Am schlechtesten kommt der Standortfaktor beim Textil, Bekleidungs- und Ledergewerbe weg (5,0) – die Unternehmen dieser Branche können keine Reduzierung der EEG-Umlage in Anspruch nehmen. Auch die Metallhersteller und -bearbeiter (4,9) sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoff (4,8) beurteilen die Höhe der Energiekosten schlechter als der Schnitt. Als energieintensive Branchen spüren sie Strompreisänderungen unmittelbar in voller Härte.



Weitere Steigerungen beim Strompreis durch höhere Umlagen und Netzentgelte sind trotz des Konjunkturpakets vom Juni 2020, das die EEG-Umlage deckelt, absehbar. Für einzelne Betriebe könnte die Stromrechnung in diesem Jahr um bis zu 10 Prozent höher ausfallen. Dies ist insbesondere von der Netzentgeltsteigerung abhängig, die je nach Region unterschiedlich ausfallen wird. Auch steigt die Kostenbelastung der Betriebe ab 2021 durch die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für Wärme und Verkehr, die die Wirtschaft voraussichtlich mit 4,5 Mrd. Euro belastet. In Zeiten der Corona-Krise, die das Eigenkapital vieler Betriebe aufzehrt, stellen solche erheblichen Mehrbelastungen Investitionsbremsen dar. Umso wichtiger ist es, rasche Klarheit über die von der Bundesregierung im Zuge des Klimaschutzprogramms 2030 versprochene Kompensation der steigenden Energiekosten zu erhalten. Hilfreich wäre vor allem eine noch stärkere Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt.

Auf Platz 1 der Standortfaktoren landet mit einer durchschnittlichen Note von 2,6 erneut die Energieversorgungssicherheit. Allerdings hat sich auch dieser Faktor gegenüber 2017 merklich verschlechtert (2,3). Ein rascher Netzausbau ist von entscheidender Bedeutung, um auch zukünftig die Versorgung mit Strom sicherzustellen. Zudem wird hier eine Rolle spielen, dass neben der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke bis 2022 auch viele Kohlekraftwerke stillgelegt werden.

Steuerrecht von Praxistauglichkeit weit entfernt

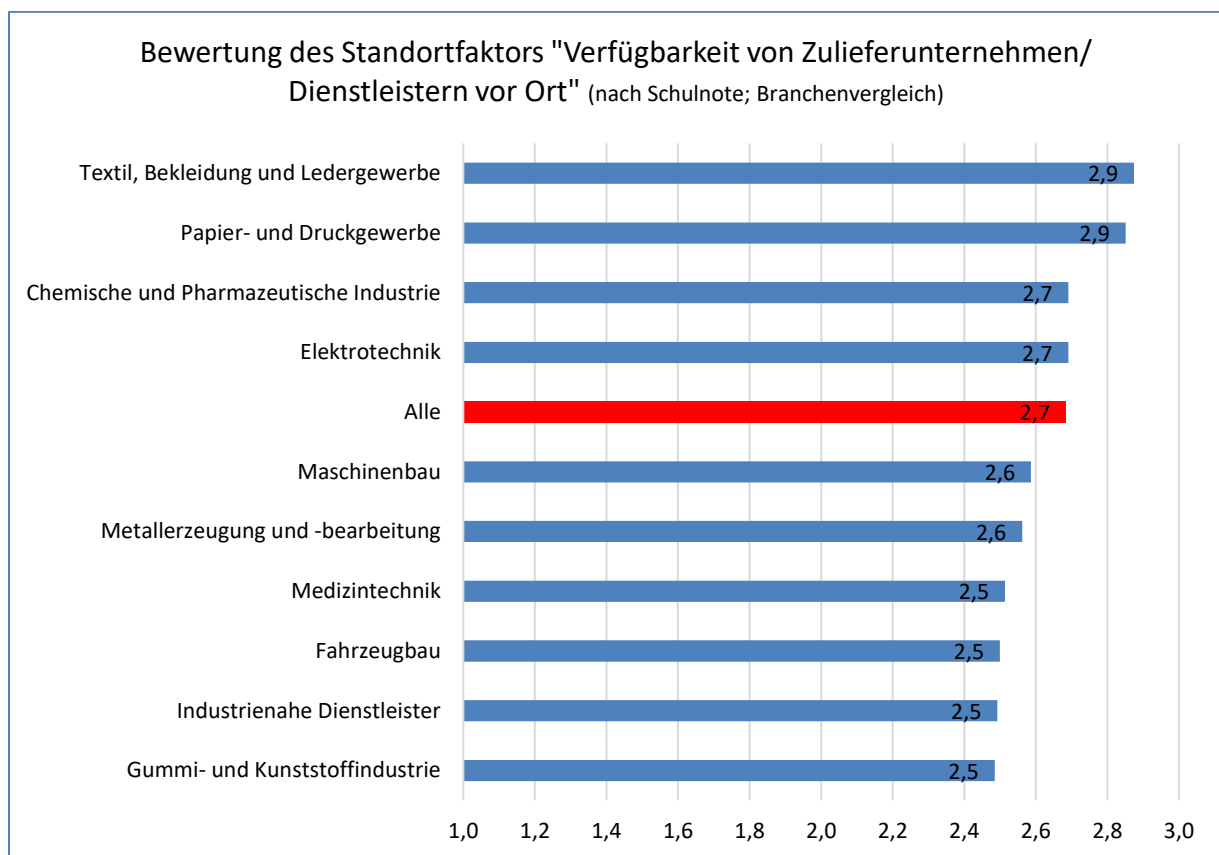
Mit am schlechtesten bewerten die Betriebe erneut die Komplexität des Steuerrechts (Note: 4,6; 2017: 4,5). Trotz einiger Verbesserungen durch das Bürokratieabbaugesetz III müssen die Unternehmen einen immer größeren Aufwand betreiben, um ihren steuerlichen Pflichten nachzukommen. Viele Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheit und zu vermeidbaren Kosten bei der Befolgung der Gesetze. Den Unternehmen werden immer höhere Anforderungen an die Dokumentation von Unternehmensprozessen für steuerliche Zwecke aufgebürdet. Das jüngste Beispiel ist die geplante Anzeigepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen. Bei ihrer Anwendung müssen die Unternehmen mit vielen neuen unbestimmten Rechtsbegriffen umgehen, was Risiken bei späteren Betriebsprüfungen birgt und damit die Rechtsunsicherheit enorm erhöht. Hinzu kommen Bestrebungen von Teilen der Politik, auch weitere Themen der Steuergestaltung meldepflichtig zu kennzeichnen. Vielfach fallen hierunter normale, herkömmliche Umstrukturierungen von Unternehmen. Noch mehr bürokratischer Aufwand wäre die Folge.

Die Bewertung des Standortfaktors „Höhe der Steuern und Abgaben“ verschlechtert sich spürbar auf 4,4 (2017: 4,1). Aktuell belasten regional weiter steigende Hebesätze bei den Realsteuern (Gewerbesteuer, aber auch Grundsteuer) und Erhöhungen bei der Grunderwerbssteuer zunehmend die Unternehmen. Dies verschlechtert die regionalen Standortbedingungen zunehmend. Letztlich geraten dadurch ganze Regionen im Standortwettbewerb ins Hintertreffen. Die Unternehmen sind zudem verunsichert durch die anhaltenden Diskussionen um eine Vermögensbesteuerung und eine Verschärfung des gerade erst gefundenen Kompromisses bei der Erbschaftsteuer.

Netzwerk Industrie bewährt sich – gerade in der Krise

Die Betriebe schätzen hierzulande die gute Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Kunden vor Ort, die sich zusammen mit den Produzenten in das Netzwerk Industrie einfügen und vergeben mit 2,7 eine der besten Bewertungen. Im Fahrzeugbau (2,5), der Gummi- und Kunststoffindustrie (2,5) sowie im Maschinenbau (2,6) fallen die Einschätzungen sogar noch etwas besser aus. Bei aller Internationalisierung von Produktion und Vertrieb bleibt die regionale Nähe von Dienstleistern und Zulieferern für das produzierende Gewerbe ein wichtiges Standbein.

Dies hat sich mit Blick auf die weitreichenden Beschränkungen im Zuge der Corona-Krise als Vorteil erwiesen – und eine kontinuierliche Herstellung vielerorts ermöglicht. Die Suche nach weiteren Lieferanten und Dienstleistern auch vor Ort ist eine Lösungsstrategie, um resilienter gegen externe Schocks wie die Corona-Pandemie zu werden. Umso wichtiger ist es, dass die Politik dieses bewährte Netzwerk Industrie bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen besonders im Blick behält. Denn das Netzwerk steht vor einigen Herausforderungen. Um etwa die Klimaziele zu erreichen, steigen die Anforderungen an eine klimaneutrale Produktion, von denen alle Glieder der Wertschöpfungskette betroffen sind. Das bedeutet vor allem zusätzliche Investitionen in Maschinen und Anlagen, die gestemmt werden müssen. Mit der Digitalisierung haben sich zudem neue Akteure zwischen Produzenten und Kunden geschoben. Wertschöpfung wird umverteilt. Mit der zunehmenden Digitalisierung ergeben sich allerdings auch neue Geschäftsmodelle – gerade im ländlichen Raum – und Beschäftigungsperspektiven.



Akzeptanz für Industrie und neue Technologien schwindet

Das Image der Industrie in der Gesellschaft bekommt von den Unternehmen immer noch eine befriedigende Bewertung von 3,2 (Vorumfrage: 2,9). Etwas schlechter schätzen allerdings Unternehmen aus dem Ernährungsgewerbe (3,4), dem Papier- und Druckgewerbe (3,4) sowie aus Chemie und Pharma (3,5) die Wahrnehmung der Industrie in der Bevölkerung ein. Ihre Produkte erzeugen freilich eine höhere Sensibilität bei den Kunden, vor allem mit Blick auf den Umwelt- und Gesundheitsschutz. Umso notwendiger ist der Dialog mit der Gesellschaft und den industiekritischen Gruppen. Der Stellenwert der Industrie und deren Potenziale für Wertschöpfung und Beschäftigung sollten noch stärker als bisher aufgezeigt werden. Hierbei spielen regionale Industrieinitiativen eine wichtige Rolle.

Schwächer wird erneut die Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien bewertet (3,6; Vorumfrage: 3,3). Noch stärker betroffen zeigen sich die Hersteller von Medizintechnik und das Ernährungsgewerbe (beide 3,7), der Fahrzeugbau und die Elektrotechnik (beide 3,8) sowie Chemie- und Pharmaunternehmen (3,9). In diesen Branchen erfahren zum Beispiel neue technologische Ansätze, ausgelöst durch die Digitalisierung oder durch neue Forschungserkenntnisse etwa in der Gentechnik eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit.

Mangelware Flächen für Gewerbe und Industrie

Durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in vielen prosperierenden Ballungsräumen ist der Druck auf die für die Industrie verfügbaren Flächen ebenfalls gestiegen. So verwundert es nicht, dass die Industrieunternehmen die Verfügbarkeit von Flächen für Gewerbe- und Industriestandorte aktuell mit 3,2 sogar noch etwas negativer bewerten als 2017 (3,0). Schlechter fällt die Einschätzung bei Unternehmen aus der Sparte Verkehr/Logistik aus (3,7). Sie sind zwingend auf ausreichend Flächen für Lager und Umschlaganlagen angewiesen. Selbst wenn Gemeinden neue Flächen für Industrie ausweisen, wird eine Nutzung durch das Verkehrsgewerbe nicht selten ausgeschlossen. Nach wie vor erschweren zudem diverse, in den Bundesländern oftmals unterschiedliche umwelt- und naturschutzrechtliche Vorgaben die Möglichkeiten zur nachhaltigen Flächennutzung. Notwendig sind vor allem bundesweit einheitliche Standards für Naturschutz- und Umweltschutz. Sie sind eine wichtige Grundlage, um Planverfahren zu beschleunigen.⁴

Erschließung von heimischen Rohstoffen wird schwieriger – Umweltschutzauflagen bremsen

Die Verfügbarkeit von Rohstoffen wird von den Unternehmen nur leicht schlechter als zuvor bewertet (2,8, 2017: 2,7). Allerdings wird die Erschließung neuer Standorte für den heimischen Rohstoffabbau für viele Unternehmen immer schwieriger. Gründe dafür sind einerseits die Konkurrenz zu anderen Flächennutzungen und andererseits zunehmende Akzeptanzprobleme in der Öffentlichkeit. Hinzu kommen Regelungen zum Gebiets-, Natur- und Artenschutz, die für viele Betriebe Hemmnisse beim Abbau vorhandener oder bei der Erschließung neuer Vorkommen sind. Politik und Wirtschaft sollten das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Notwendigkeit des heimischen Rohstoffabbaus stärken. Die Umsetzung umweltrechtlicher Vorgaben sollte auf allen Ebenen (z. B. Gewässer-, Natur-, Immissionsschutz) so erfolgen, dass Exploration und Gewinnung heimischer Rohstoffe sowie der Ausbau von erneuerbaren Energien in Deutschland möglich bleiben.

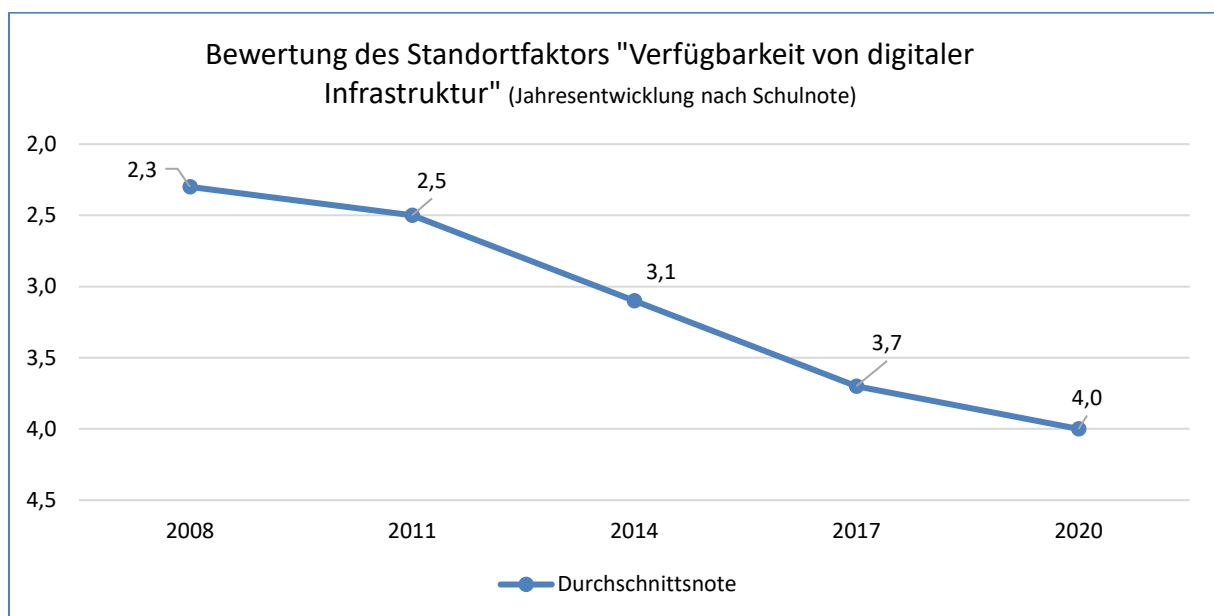
Hinzu kommt, dass die Umweltschutzauflagen für weite Teile der Industrie immer komplexer und anspruchsvoller geworden sind, etwa durch verschärfte europäische und nationale Regelungen. Beispiele hierfür sind die Richtlinie für Umweltverträglichkeitsprüfungen, Störfallbetriebe oder Einwegkunststoffe sowie das kürzlich verabschiedete Verpackungsgesetz oder die Gewerbeabfallverordnung, die zu zusätzlichen Informationspflichten geführt haben. Die Unternehmen geben den Umweltschutzauflagen daher eine deutlich schlechtere Note (3,8) als noch vor drei Jahren (3,4). Im Fahrzeugbau, in der Gummi- und Kunststoffindustrie (jeweils 4,1) sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung (4,0) fallen die Einschätzungen noch gravierender aus.

⁴ Vgl. [10 DIHK-Vorschläge: „Bremsen lösen für Infrastrukturvorhaben und Gewerbeansiedlungen“](#)

Nur „ausreichend“ für die digitale Infrastruktur

Die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie steht und fällt mit einer leistungsfähigen Breitbandanbindung. Gerade der ländliche Raum, häufig Sitz von international erfolgreichen mittelständischen Industrieunternehmen („Hidden Champions“), ist unzureichend mit breitbandigen Internetanschlüssen versorgt. Hinzu kommen Versorgungslücken in vielen Gewerbegebieten. Die Unzufriedenheit der Industrieunternehmen mit der digitalen Infrastruktur nimmt stetig zu. Im Schnitt vergeben die Unternehmen aktuell die Benotung von 4,0 (Breitbandanbindung 2017: 3,7; 2014: 3,1; 2011: 2,5; 2008: 2,3). Die IKT-Dienstleister bewerten den Zugang zu leistungsfähigen Glasfaser- und Mobilfunknetzen mit 4,1 sogar noch etwas schlechter, Verkehr und Logistik sogar mit 4,3.

Bei den größeren Unternehmen (ab 250 Mitarbeitern) fällt dieser Standortfaktor etwas schlechter aus als bei KMU (4,2 zu 4,0). Hier wird deutlich, dass die größeren in der Regel bereits heute stärker digitalisiert sind und damit auch stärker von der digitalen Infrastruktur abhängen als die kleineren – Defizite werden so spürbarer.



Die tatsächliche Ausbausituation in der Fläche hält nicht mit den politischen Zielsetzungen für den Ausbau der Infrastruktur Schritt. Vor allem schleppende Genehmigungsprozesse in den Behörden und fehlende Planungs- und Baukapazitäten in Behörden und Unternehmen wirken als Bremsen. Der Netzausbau sollte möglichst effektiv erfolgen. Glasfasernetze sind Voraussetzung für Mobilfunkverbindungen, diese wiederum benötigen einen Stromanschluss. Deshalb sollten die Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam mit dem Markt Möglichkeiten für einen gesamtheitlichen Netzausbau ausloten, um kostengünstig und in einem angemessenen Zeitraum eine bedarfsgerechte Versorgung bis in die Gebäude hinein sicherzustellen. Zudem gilt es, mittels Digitalisierung die Genehmigungsverfahren für Tiefbauarbeiten zu straffen und zu vereinheitlichen. Es ist noch nicht absehbar, inwiefern die Maßnahmen des Konjunkturpaktes hier Abhilfe schaffen werden.

Umfeld für Innovationen abermals nur befriedigend

Im Jahr 2018 hat die deutsche Wirtschaft 72 Milliarden aufgewendet, um Innovationen voranzubringen. Zusammen mit dem Staat und den Hochschulen konnten unter dem Strich über 3,1 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investiert werden. Zur Erreichung des angestrebten 3,5 Prozent Ziels in fünf Jahren sind aber noch weitere Anstrengungen notwendig, vor allem mit Blick auf ein innovationsfreundliches Umfeld. Dem Standortfaktor „Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten“ geben die Unternehmen erneut nur eine befriedigende Note (3,2; Vorumfrage 2,9). Kleinere Betriebe bis 50 Mitarbeiter geben sogar noch eine schlechtere Bewertung ab (3,3), während die größeren Mittelständler mit 250 bis 500 Mitarbeiter die beste Einschätzung aufweisen (3,0). Sie verfügen größenbedingt über mehr personelle und finanzielle Ressourcen, um kontinuierlich Forschung und Entwicklung zu betreiben. Auch der Fahrzeugbau bewertet das aktuelle Umfeld besser als der Schnitt der Unternehmen (3,0).

Er weist freilich die höchsten Aufwendungen für FuE im Branchenvergleich hierzulande auf, vor allem für neue Antriebstechnologien. Deutlich schlechter fällt hingegen die Einschätzung der Informations-, Kommunikations- und IT-Dienstleister aus (3,5). Viele Start-Ups unter ihnen haben oftmals Schwierigkeiten, an geeignete Fördermittel zu kommen. Zudem sind unter ihnen viele, die kaum über Fördererfahrungen verfügen.

Die nach jahrzehntelanger Diskussion zum 1. Januar 2020 eingeführte steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung beseitigt einen Standortnachteil. Sie ist in Ergänzung zur bewährten Projektförderung ein wichtiger Baustein, um die Innovationsaktivitäten der Unternehmen zu stimulieren. Im Konjunkturpaket der Bundesregierung vom Juni 2020 wurde nun eine befristete Anhebung der Förderung beschlossen – ein wichtiger Anreiz für die Unternehmen, mehr in FuE zu investieren, gerade in Krisenzeiten. Noch können Effekte nicht erkennbar sein, da die steuerlichen Begünstigungen von FuE-Vorhaben erst 2021 wirksam werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bescheinigungsstelle, die die Förderfähigkeit der FuE-Vorhaben attestiert – Voraussetzung für die Steuergutschrift – ihre Arbeit noch nicht aufgenommen hat und damit viele Unternehmen mangels erkennbarer Verwaltungspraxis noch verunsichert sind. Es verwundert daher nicht, dass 70 Prozent der Unternehmen angeben, nicht über die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung informiert zu sein; bei den kleineren bis 50 Mitarbeiter sind es sogar 77 Prozent.⁵

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ist mit über 3.000 neuen Projekten jährlich das für den Mittelstand größte Förderprogramm des Bundes. Mit der neu erlassenen Richtlinie zu Jahresanfang sind Verbesserungen etwa für junge und kleine Unternehmen sowie Erstinnovatoren verbunden, um damit zusätzliche Innovationspotenziale zu nutzen. Zugleich soll auch der Transfer zwischen den Unternehmen verstärkt werden.

Die Betriebe bewerten die Vernetzung von Forschung und Wirtschaft weiterhin fast konstant (2,8; 2017: 2,7). In der Chemie- und Pharmasperte sowie im Fahrzeugbau fällt die Einschätzung sogar noch besser aus (2,5 bzw. 2,4). Es handelt sich bei beiden um Branchen, die besonders innovationsstark sind und fast 60 Prozent der FuE-Ausgaben der Wirtschaft stemmen. Sie sind als Kooperationspartner für die Hochschulen von besonderem Interesse. Das gilt auch für größere Unternehmen, die oftmals mehr Erfahrungen und finanzielle Mittel in die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft einbringen können. Sie bewerten die Vernetzung etwas besser (2,6 für Unternehmen ab 100 Mitarbeiter).

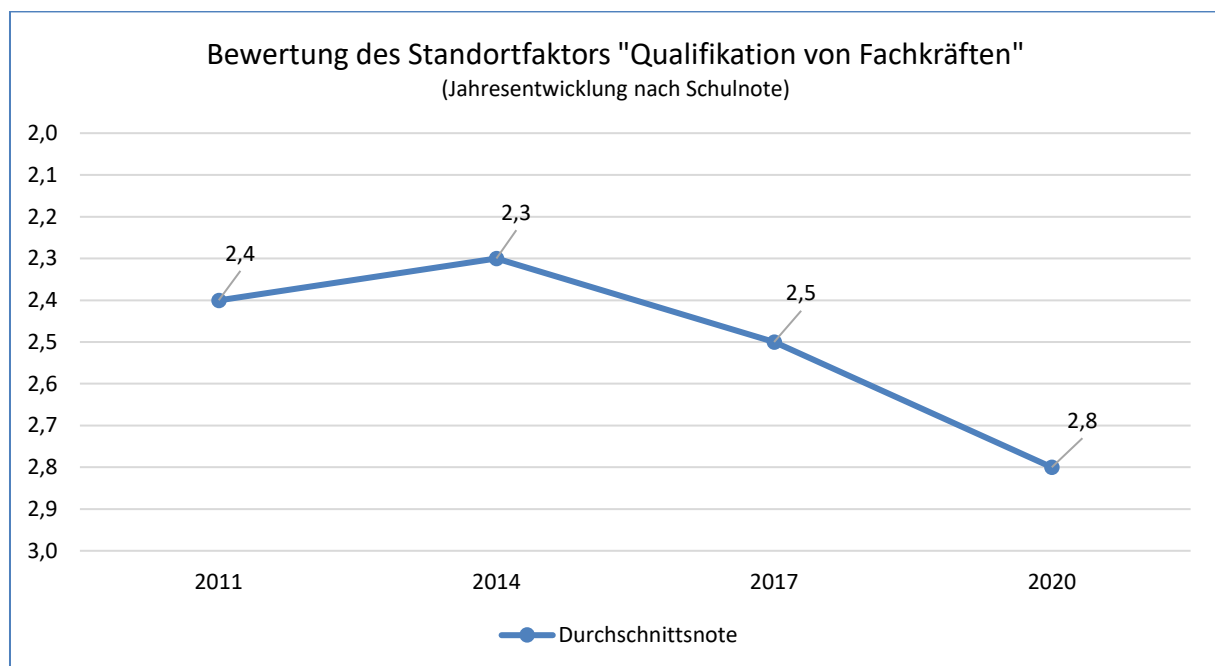
⁵ Vgl. DIHK-Innovationsreport 2020

Wichtiger Faktor: Unternehmensfinanzierung

Die Corona-Pandemie hat bei einem Großteil der Unternehmen zu Finanzierungsengpässen geführt. Eine DIHK-Umfrage vom Mai 2020 hat gezeigt, dass mittlerweile für jedes zweite Industrieunternehmen der Rückgang des Eigenkapitals ein drängendes Problem ist – für jedes vierte sind es Liquiditätsengpässe.⁶ Vielerorts ist es daher notwendig geworden, die Unternehmen durch Kredite oder Zuschüsse finanziell zu unterstützen, da Liquiditätsreserven nicht ausreichen und das Eigenkapital abschmilzt. Die in der Umfrage gegebene Standortnote für die Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen von 2,9 (2017: 2,8) beschreibt angesichts des Befragungszeitraums eher den Status vor Beginn der Krise. Wichtig ist es nun, den Unternehmen eine schnelle Rückkehr in ihre Geschäftstätigkeit zu ermöglichen – und sie bei ihren Finanzierungsbedingungen zu unterstützen. Dazu zählt perspektivisch vor allem eine Stärkung der Eigenkapitalquote z. B. durch eigenkapitalersetzende Nachrangdarlehen, die Emission von Genussrechten sowie den Ausbau von Wagniskapital- bzw. Beteiligungsfinanzierungen für mehr Innovationen hierzulande.

Qualifikation der Fachkräfte ist (noch) ein Vorteil

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Die Betriebe sehen die Qualifikation der Fachkräfte zwar nach wie vor unter den TOP drei der 24 Standortfaktoren, allerdings hat sich deren Bewertung kontinuierlich verschlechtert in den letzten sechs Jahren (2020: 2,8; 2017: 2,5; 2014: 2,3). Deutlich korrigieren der Fahrzeugbau (2,9; 2017: 2,3), die Elektrotechnik (2,8; 2017: 2,3) und die Metallerzeuger und -bearbeiter (2,9; 2017: 2,5) ihre Bewertung nach unten. Sie sind besonders auf Absolventen mit einer guten MINT-Ausbildung angewiesen und sehen einen erhöhten Qualifikationsbedarf. Die MINT-Bildung sollte daher einen größeren Stellenwert erhalten durch regelmäßiges, praxisorientiertes Lernen von der Kita bis zum Abitur einerseits und mehr integrierte Praxisphasen in der Hochschullehre andererseits. Zudem sollten berufsbegleitende Studienangebote ausgebaut und duale Studiengänge im Dialog mit der Wirtschaft weiterentwickelt werden, um umfassende arbeitsmarktrelevante Kenntnisse zu vermitteln.



⁶ Vgl. „Corona: Bewährungsprobe für die Industrie – Sonderauswertung der 3. Corona Blitzumfrage“

Bedarf an Fachkräften bleibt bestehen – auch nach der Krise

Der Fachkräftemangel hat sich vor der Corona-Krise weiter zugespitzt – und das zeigt sich auch in der erneut verschlechterten Bewertung der Verfügbarkeit von Fachkräften (3,7: 2017: 3,3). Dabei haben große Unternehmen ab 500 Mitarbeiter freilich geringere Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden und geben mit 3,4 eine bessere Bewertung ab als KMU bis 250 Mitarbeiter (3,7). Im Zuge der Corona-Krise werden Personalanpassungen unumgänglich – perspektivisch besteht allerdings mit Blick auf den demografischen Wandel und die Präzision von Fachkräften auch zukünftig der Bedarf, gut ausgebildete Fachkräfte zu finden und zu halten.

Engagement für mehr Vereinbarkeit fortführen

Die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten als einziger Standortfaktor von den Unternehmen eine verbesserte Bewertung (3,3; 2017: 3,4). In den letzten drei Jahren wurden viele hilfreiche Maßnahmen seitens der Politik ergriffen, wie zum Beispiel der kontinuierliche Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten in Kitas und Horteinrichtungen. Allerdings sind die Kita-Öffnungszeiten im Vergleich zu den betrieblichen Arbeitszeiten häufig noch zu kurz, die Betreuungszeiten unflexibel und die Ferienbetreuung unzureichend. Die Kita-Öffnungszeiten – auch in Randzeiten, an Wochenenden und in den Ferien – sollten sich stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. So können die Eltern betriebliche Angebote – wie flexible Arbeitszeiten – besser nutzen. Auch bei der Nachmittagsbetreuung der Schulkinder besteht noch Handlungsbedarf, denn eine funktionierende Ganztagsbetreuung ist Voraussetzung dafür, dass Eltern auch nach dem Übergang der Kinder von der Kita in die Schule aktiv am Erwerbsleben teilnehmen können.

Vertrauen in die Rechtssicherheit am Standort Deutschland

Die Betriebe geben der Rechtssicherheit hierzulande mit 2,9 eine recht zufriedenstellende Note (2017: 2,6). Dabei bewerten die größeren Unternehmen ab 500 Mitarbeiter diesen Standortfaktor mit 2,5 deutlich besser als KMU bis 250 Mitarbeiter (2,9). Größere Unternehmen verfügen vielfach über eigene Rechtsabteilungen, die die Einhaltung gesetzlicher Regelungen sicherstellen und sich auch um die Rechtsdurchsetzung, ob vor Ort oder im Ausland, verstärkt kümmern können. Kleineren Unternehmen fehlt es hierfür oft an Erfahrung und an den nötigen finanziellen und personellen Ressourcen. Hinzu kommen bei KMU Unsicherheiten mit bestehenden Regelungen, wie der Datenschutz-Grundverordnung. Etliche rechtliche Fragen sind hier noch ungeklärt, etwa auch zur Abmahnbarkeit bei Verstößen, was gerade viele kleinere Unternehmen sehr verunsichert. Auch der rechtssichere Umgang mit der Digitalisierung im Unternehmen stellt sie vielfach vor Herausforderungen. Im Größenvergleich fällt die Beurteilung der Rechtssicherheit bei kleineren Unternehmen bis 50 Mitarbeitern mit 3,0 am schlechtesten aus.

Handelshemmnisse und Protektionismus bremsen

Die „Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/Außenhandelsförderung“ liegt mit einer Bewertung von 3,6 (2017: 3,2) eher im Mittelfeld. Der globale Wettbewerb wird schwieriger: Immer mehr Unternehmen sind von weltweit zunehmenden Handelshemmnissen und stärkerem Protektionismus betroffen. Laut der DIHK-Umfrage Going International 2020⁷ haben 50 Prozent der international aktiven deutschen Unternehmen im Jahr 2019 zusätzliche Handelshemmnisse gespürt. Viele Länder haben neue Zölle, zusätzliche Zertifizierungs- und Sicherheitsanforderungen sowie Sanktionen eingeführt, die die grenzüberschreitenden Geschäfte der Unternehmen einschränken.

⁷ Vgl. [DIHK-Umfrage Going International 2020](#)

Vor allem mittelständische Betriebe, die weltweit agieren, aber nicht so flexibel auf andere Länder ausweichen können, sorgen sich um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in vielen Ländern. Eine große Herausforderung sind zum Beispiel die Zölle im Handelskonflikt zwischen den USA und China, die auch die Lieferketten deutscher Unternehmen treffen. Das spüren aktuell vor allem Unternehmen in der Metallindustrie oder in der Logistik, die diesem Standortfaktor mit jeweils 3,8 die schlechteste Bewertung im Branchenvergleich geben.

Fragebogen

DIHK-Umfrage zum Industriestandort Deutschland

1a. Wie bewerten Sie die aktuelle **Wirtschaftspolitik der Bundesregierung** mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland? (Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“))

1	2	3	4	5	6

1b. Wie bewerten Sie die **Wirtschaftspolitik Ihrer Landesregierung** mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Ihrem Bundesland? (Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“))

1	2	3	4	5	6

2. Wie bewerten Sie mit Blick auf die **Wettbewerbsfähigkeit** des Industriestandorts Deutschland die folgenden **Standortfaktoren** im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“)?

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von Fachkräften						
Qualifikation von Fachkräften						
Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf						
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)						
Höhe der Steuern und Abgaben						
Höhe der Energiekosten						
Energieversorgungssicherheit						
Verfügbarkeit von Rohstoffen						
Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen						
Umweltschutzauflagen						
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)						
Verkehrsinfrastruktur						
Verfügbarkeit von digitaler Infrastruktur						
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen						
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren						
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen						
Vernetzung von Forschung / Hochschulen mit Unternehmen						
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten						
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort						
Image der Industrie in der Gesellschaft						
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten						
Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien						

	1	2	3	4	5	6
Rechtssicherheit						
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/ Außenhandelsförderung						

Angaben zum Unternehmen

Branche	
Bau	
Chemische und Pharmazeutische Industrie	
Elektrotechnik	
Energieversorgung	
Ernährungsgewerbe	
Fahrzeugbau	
Glas, Keramik und Steinverarbeitung	
Gummi- und Kunststoffindustrie	
Maschinenbau	
Medizintechnik	
Metallerzeugnisse	
Metallerzeugung und -bearbeitung	
Papier- und Druckgewerbe	
Textil, Bekleidung und Ledergewerbe	
Sonstige Industrie	
Industrienähe Dienstleister	
Informations-, Kommunikations-, und IT-Dienstleister	
Verkehr / Logistik	
Sonstige industrienähe Dienstleister	
Sonstige Dienstleister	
Sonstige	

Anzahl der Mitarbeiter

1-49	50-99	100-249	250-499	über 500
------	-------	---------	---------	----------